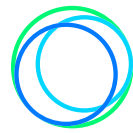


JUNGE

ISLAM



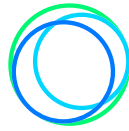
KONFERENZ

WEM GEHÖRT DAS ABENDLAND?

*JIK-Empfehlungen
Bundeskongress
2015*

JUNGE

ISLAM



KONFERENZ

Impressum

Herausgeber

Junge Islam Konferenz (JIK)
Die Junge Islam Konferenz – Deutschland
ist Teil der Mercator Program Center
for International Affairs (MPC) GmbH Essen

Kontakt

www.j-i-k.de
info@j-i-k.de

Verantwortlich im Sinne des Presserechts
Esra Küçük

Bildnachweise

Nina Pieroth (S. 5, S. 6, S. 9, S. 17, S. 18, S. 20, S. 23, S. 27, S. 28)
Mirza Odabaşı (S. 10)
Jessica Bajinski (S. 12)

Layout und Satz

Poli Quintana
www.interlinea.de

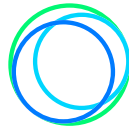
Druck

Flyeralarm GmbH
97080 Würzburg

Die enthaltenen Texte und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt.
Eine kommerzielle Nutzung ist nicht gestattet.

Inhalt

Vorwort: Die JIK steht für Haltung statt Herkunft!	5
Rückblick: Mit Fünf hat man noch Träume ... Die JIK auf Bundesebene wird fünf Jahre alt – Rückblick auf fünf Jahre gesellschaftspolitisches Engagement und Ergebnisentwicklung	6
Der JIK-Bundeskongress 2015: Wem gehört das Abendland? Und wer integriert hier wen?	10
JIK empfiehlt	12
... die Einführung eines nationalen Festes der Einheit in Vielfalt	12
... die Einführung eines Medienawards für besonders (un)differenzierte Berichterstattung	14
JIK diskutiert	16
... über die Stärkung der fachlichen Kompetenz und des Diversitätsbewusstseins von Medienschaffenden	16
... über den Abbau von Diskriminierung und Förderung von Normalitätsempfinden in Schulen der deutschen Einwanderungsgesellschaft	17
... über die Erfassung von institutioneller Diskriminierung und Rassismus als Grundlage für politische Interventionen	19
... über die aktive Sensibilisierung für Diskriminierungsformen durch den flächendeckenden Einsatz professioneller Diversity-Trainer_innen	20
... über die realitätsgetreue Repräsentation gesellschaftlicher Vielfalt in Lerninhalten und Schulmaterialien	21
... über den kritischen Umgang mit Medien durch Schüler_innen zur Förderung differenzierter Wahrnehmungen	22
... über die Förderung des diskriminierungsfreien Zugangs zum Arbeitsmarkt und die Einführung anonymisierter Bewerbungsverfahren	23
... über die Förderung zivilgesellschaftlichen Engagements und die vielfältigere Gestaltung des Freiwilligendienstes	24
... über die Verbesserung des Deutschlandbildes und die interkulturelle Öffnung deutscher Institutionen im Ausland	25
... über die Förderung politischer Mitbestimmung für Bürger_innen von Drittstaaten durch Einführung der Wohnbürgerschaft	27
Die Unterzeichner_innen – Wer wir sind	28
Endnoten	30
Literaturverzeichnis	33
Zu den Projektpartnern	35



„Eine Lösung für das, was wir ‚die Islam-Debatte‘ nennen, oder ‚den Gesellschaftskonflikt‘ habe ich nicht. Ich weiß nur eines. Ich habe gelernt, dass man über Menschen, die benachteiligt sind, und nur über solche verhandeln wir permanent in der Öffentlichkeit, so nicht redet. Das ist keine Frage von Demokratie, keine Frage von Wahrheit oder Statistik, nein, es ist ganz einfach eine Frage von Anstand, Würde und Moral.“

Mely Kiyak
Schriftstellerin und Kolumnistin
im Rahmen des JIK-Bundeskongresses 2015

Vorwort

Die JIK steht für Haltung statt Herkunft!

In diesem Jahr jährt sich die deutsche Wiedervereinigung zum 25. Mal. Im vergangenen Vierteljahrhundert hat Deutschland sich nach außen geöffnet und ist nach innen zusammengewachsen. Doch die gesellschaftspolitischen Ereignisse zu Jahresbeginn haben uns verdeutlicht, dass der innere Zusammenhalt stets herausgefordert werden kann und verteidigt werden muss. Klar ist, dass wir uns weiterhin gegen Rassismus und Fanatismus einsetzen müssen. Das gesellschaftliche „Spielfeld“ können und werden wir nicht den Extremen überlassen. Zwischen Oktober 2014 und Februar 2015 gewann Pegida, eine konservative, nationalistische und muslimfeindliche Gruppierung, unter dem Vorwand der freien demokratischen Meinungsäußerung an Gewicht. Ausgehend von Dresden entstanden unter anderem Ableger in Leipzig, Berlin und Düsseldorf, europaweit sogar in Dänemark, Belgien und Großbritannien. In vermeintlicher Verteidigungshaltung für ein vermeintliches Abendland demonstrierten die Anhänger gegen den offenen, vielfältigen und humanistischen Charakter Europas. In der folgenden Debatte wurde versucht, einen Gegensatz zwischen Freiheit und Demokratie im „Abendland“ auf der einen und Despotismus, Gewalt und Terror im beziehungsweise aus dem „Orient“ auf der anderen Seite herzustellen. Dass eine solche Bewegung knapp siebzig Jahre nach Ende des Zweiten Weltkrieges ausgebrochen in Deutschland Fuß fassen konnte, beunruhigte uns, sodass sich der Bundeskongress 2015 der Jungen Islam Konferenz (JIK) diesem Thema widmete.

In der JIK kommen junge Menschen aus ganz Deutschland zusammen, die eine gemeinsame Haltung einnehmen, in der kein Platz für ausgrenzende, stigmatisierende und diskriminierende Einstellungsmerkmale existiert. In der JIK geht es um „Haltung statt Herkunft“; damit meinen wir das Element, das uns verbindet –

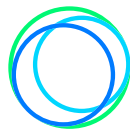
eine Vision für die Zukunft unserer Gesellschaft. Als herkunftsübergreifendes Forum streben wir nach einer Gesellschaft, in der Vielfalt als Wert anerkannt wird, der unser Gemeinwesen bereichert. Ein Gemeinwesen, in dem die sozialen Trennlinien nicht entlang der Herkunft, der Nationalität oder der Religion verlaufen, sondern sich an der Bereitschaft brechen, am neuen von Vielfalt geprägten Deutschland teilzuhaben.

Klar ist: In der Gesellschaft, für die wir eintreten, müsste ein Bürgermeister nicht zurücktreten, weil er sich für Flüchtlingsaufnahme einsetzte und infolgedessen von Rechtsextremen bedroht wird. In der Gesellschaft, in der wir leben möchten, könnte das meistverkaufte Sachbuch kein pseudowissenschaftliches rassistisches Pamphlet wie jenes von Thilo Sarrazin sein. In der Gesellschaft, in der wir unsere gemeinsame Zukunft prägen möchten, dürften die Rechte der größten religiösen Minderheit nicht permanent infrage gestellt werden. Daher stellt sich für die JIK die Frage: Wem gehört dieses „Abendland“, das zuletzt in aller Munde war? Ein Abendland, das sich über Demokratie, Menschenrechte und individuelle Freiheiten definiert, müsste gleichberechtigte Zugänge ungeachtet der Herkunft, des Geschlechts oder der kulturellen Zugehörigkeit sowie Dialog über gesellschaftspolitische Prozesse auf Augenhöhe schaffen.

Darüber hinaus müsste eine Voraussetzung einer jeden nachhaltigen Demokratie ermöglicht werden: die Bereitschaft, Unterschiedlichkeit, Meinungsverschiedenheiten und Spannungen auszuhalten. In solch einer funktionierenden demokratischen Gesellschaft sind Spannungen und Interessenskonflikte normal. Eine Demokratie muss sich daran messen lassen, wie sie mit ihren Minderheiten umgeht. Sitzen viele verschiedene Parteien gleichberechtigt an einem Tisch, so treten unterschiedliche Interessen zutage. Solange dabei die langfristige Vision nicht aus den Augen verloren wird, ist das auch gut so.



Esra Küçük
Leiterin Junge
Islam Konferenz



Rückblick: Mit Fünf hat man noch Träume ...

Die JIK auf Bundesebene wird fünf Jahre alt –
Rückblick auf fünf Jahre gesellschaftspolitisches
Engagement und Ergebnisentwicklung



Auch bei der Zukunftsplanung lohnt sich zuweilen der Blick in den Rückspiegel. Welcher Weg wurde zurückgelegt? Was waren die wichtigen Meilensteine? Und wohin soll dieser Weg zukünftig führen?

Die JIK wurde im Nachgang an die vergiftete Debatte um die Sarrazin-Veröffentlichung „Deutschland schafft sich ab“ gegründet. Seit-

dem ist viel passiert: Gab es 2010 noch eine hitzige und langwierige öffentliche Diskussion, als Bundespräsident Christian Wulff die Zugehörigkeit des Islam zu Deutschland bestätigte, kommt dieser Satz Bundeskanzlerin Merkel nun problemlos über die Lippen. Institutionell wurde diese Entwicklung von wichtigen Grundsatzentscheidungen begleitet, wie der Einrichtung der islamischen theologischen Zentren an fünf deut-

schen Universitäten, der Gründung des Studienwerks für muslimische Studierende Avicenna oder jüngst der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts, das Kopftuchverbot für muslimische Lehrerinnen zu kippen. Bremen, Hamburg und Hessen haben in den vergangenen Jahren Staatsverträge mit den muslimischen Verbänden geschlossen, um die Gleichstellung des Islam voranzutreiben und damit auch seine gesellschaftliche Anerkennung herzustellen.

Parallel zu diesen Entwicklungen haben sich auch die Schwerpunkte der Arbeit der JIK verändert: Zu Beginn ihrer Arbeit begleitete sie vornehmlich die Arbeit der Deutschen Islam Konferenz (DIK). Dabei stand die Frage im Vordergrund, inwieweit die DIK inhaltlich und strukturell partizipativer und repräsentativer gestaltet und um eine jugendliche, herkunftsübergreifende Perspektive erweitert werden könnte. Im Vergleich zur JIK, in der Personen mit und ohne muslimischen ohne Trennlinien und gleichberechtigt zusammenkommen, suggerierte die Besetzung der DIK mit „muslimischen“ und „staatlichen“ Teilnehmenden einen Gegensatz zwischen diesen Gruppen. Die Teilnehmenden der JIK empfahlen unter anderem die Regionalisierung des Dialogformats in die Kommunen, die Entsendung von jungen Delegierten in die DIK sowie die Förderung des bürgernahen Dialogs zum Thema Islam und Muslim_innen in Deutschland. Die JIK formulierte die Vision einer vielfältigen Gesellschaft, in der Zusammenhalt über vermeintliche kulturelle, ethnische oder nationale Grenzen hinweg gelebt wird und die Gestaltung dessen auch Aufgabe der Mehrheitsgesellschaft ist.

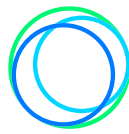
Ein Jahr später, im Jahr 2012, setzte sich die JIK schwerpunktmäßig mit der Rolle des Internets in gesellschaftspolitischen Aushandlungsprozessen auseinander. Diese Fokussierung ging einerseits auf die muslimfeindliche Agitation und andererseits auf die Rekrutierung durch jihadistische Gruppierungen im Internet zurück. Schon 2012 riet die JIK 2012 die Schaffung einer „Gegenöffentlichkeit gegenüber menschenfeindlichen Tendenzen im Netz“. Der Ansatz,

identitätsstiftende „counter-narratives“ zu kreieren, ist vor dem Hintergrund der Aktivitäten jihadistischer Propaganda in sozialen Netzwerken nach wie vor hochaktuell.

In der Zeit von Bundesinnenminister Dr. Hans-Peter Friedrich wurden in der Deutschen Islam Konferenz integrations- und verstärkt auch sicherheitspolitische Themen verhandelt. Dieser Umstand hinterließ bei vielen den fälschlichen Eindruck, dass Herausforderungen der Integrations- und Sicherheitspolitik vor allem Probleme der Muslim_innen in Deutschland seien. Die Teilnehmenden der JIK empfahlen 2013 daher die Weiterführung der DIK mit alleinigem Fokus auf religionsrechtliche Fragen, mit dem Ziel der Gleichstellung islamischer Religionsgemeinschaften. Wir freuen uns, dass sich die DIK seit dem vergangenen Jahr auf religionsrechtliche Schwerpunkte fokussiert. Ein islamischer Wohlfahrtsverband könnte schon bald Realität in Deutschland werden.

Während die JIK 2013 ihre eigene Regionalisierung initiierte und dank der Förderung der Stiftung Mercator ihre Programme auch auf Bundesländerebene startete, war es den Teilnehmenden ein wesentliches Anliegen, dass die Verhandlung von Fragen der Vielfalt und Teilhabe auf bundespolitischer Ebene weiter vorangetrieben und institutionalisiert wird. Seit ihrer Empfehlung dahingehend im Mai 2013 verfolgt die JIK das Ziel, dass über ein adäquates, chancenorientiertes Leitbild der deutschen Einwanderungsgesellschaft auf Bundesebene verhandelt wird. Im Rahmen der Bundeskonferenz 2014 diskutierten die Teilnehmenden der JIK diese Fragen mit Mitgliedern aller Parteien und Expert_innen und erarbeiteten ein Konzept, das die Anforderungen, die Gestaltungsmöglichkeiten und zentrale Inhalte für eine Leitbild fördernde Struktur benennt.

Seit der vergangenen Bundeskonferenz im Mai 2014 hat eine Reihe gesellschaftspolitischer Entwicklungen die Notwendigkeit einer Debatte über ein neues nationales Narrativ für Vielfalt und Zusammenhalt in Deutschland verdeutlicht.



Soziale Verwerfungslinien verlaufen weiterhin entlang der vermeintlichen kulturellen Zugehörigkeit und haben vor dem Hintergrund geopolitischer Entwicklungen im Nahen Osten und der jihadistischen Rekrutierung in Europa negative Konsequenzen. Es ist eine der zentralen Aufgaben unseres Landes, Antworten auf die Fragen nach Zugehörigkeit und nach gemeinsamen Narrativen in der vielfältigen Gesellschaft zu finden. Anlässlich des 65-jährigen Jubiläums des Inkrafttretens des Grundgesetzes sprach Bundespräsident Dr. Joachim Gauck bei einer Einbürgerungsfeier von neuen Deutschen im Mai 2014 daher von der „Einheit der Verschiedenen“, die Deutschland heute ausmache.

In den folgenden Monaten machten insbesondere die Kundgebungen von Pegida deutlich, dass uns bei der Schaffung dieser Einheit noch einiges an Arbeit bevorsteht. Innerhalb weniger Wochen beförderten die Demonstrationen sowie nach dem Zusammenhalt in der deutschen Einwanderungsgesellschaft an die Spitze der politischen Tagesordnung.

In wenigen Monaten feiert die deutsche Einheit ihr 25-jähriges Jubiläum. Die Wiedervereinigung ist das zentrale Ereignis der jüngeren deutschen Vergangenheit und ein Blick in das heutige Deutschland ist ohne den Prozess der Wiedervereinigung kaum vorstellbar. Wir finden: Heute, 25 Jahre später, ist es Zeit, die von Bundespräsident Gauck beschworene „Einheit der Verschiedenen“ mit Leben zu füllen. Mit der Konzeption eines Modells, in dem die „Einheit der Verschiedenen“ gelebte Praxis werden könnte, ließe sich ein Prozess für eine –sym-

bolisch gesehen – „zweite Wiedervereinigung“ einleiten, die alle Menschen miteinbezieht, die in Deutschland leben und hier ein Zuhause gefunden haben.

Als die JIK vor fünf Jahren an den Start ging, tat sie dies mit einer Prämisse, nämlich dass die junge Generation, die bereits in einem vielfältigeren Umfeld aufwächst auch gleichzeitig einen normaleren Umgang mit Vielfalt entwickelt hat. Die in diesem Jahr zum Bundeskongress vorgestellten Ergebnisse der Forschungsgruppe UNITED vom Berliner Institut für empirische Integrations- und Migrationsforschung (BIM) an der Humboldt-Universität zu Berlin haben diese These bestätigt. Die Studie „Deutschland postmigrantisch II – Einstellungen von Jugendlichen und jungen Erwachsenen zu Gesellschaft, Religion und Identität“ verdeutlicht, dass junge Menschen hinsichtlich ihrer Kontakte, Wissensbezüge, Narrative, ihrer Einstellungen zu nationaler Identität und ihres Umgangs mit Minderheiten wesentlich offener sind. Außerdem resümierten die Autor_innen, dass junge Menschen eher bereit sind, religiöse Vielfalt im Lebensalltag anzuerkennen.¹

Aus diesem Grund wird sich die JIK auch in Zukunft in die relevanten Diskurse über Teilhabe, Gleichstellung und Anerkennung in der deutschen Einwanderungsgesellschaft einbringen. Denn das gesellschaftspolitische Engagement und Interesse, das die vielfältigen Teilnehmenden der JIK mitbringen, macht eine verantwortungsvolle Haltung deutlich, mit der aktiv zur Gestaltung der Zukunft Deutschlands beigetragen werden kann.

Dieses Engagement ist nur dank der Zusammenarbeit mit der Stiftung Mercator und der wissenschaftlichen Begleitung der Humboldt-Universität zu Berlin möglich. Wir bedanken uns für das gegenseitige Vertrauen und die gute Zusammenarbeit in den letzten fünf Jahren. Auch dem Auswärtigen Amt möchten wir an dieser Stelle für die inhaltliche und logistische Unterstützung des Bundeskongresses 2015 danken. Der

**Deutschland postmigrantisch II:
Junge Menschen sind
hinsichtlich ihrer Einstellungen
zu nationaler Identität und ihres
Umgangs mit Minderheiten
wesentlich offener.**

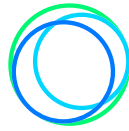


repräsentative Rahmen hat einmal mehr die Bedeutung des Themas und die Strahlkraft nach innen und außen vergegenwärtigt. Unser ganz besonderer Dank gilt auch den beteiligten Expert_innen, Inputgeber_innen und Moderator_innen:

- Prof. Dr. Aladin El-Mafaalani
- Alma Fathi
- Dr. Andreas Görgen
- Prof. Dr. Andreas Zick
- Dr. Annette Tabbara
- Benjamin Schwarze
- Prof. Dr. Claus Leggewie
- Coskun Canan
- Daniel Gyamerah
- Dorina Kalkum
- Ferda Ataman
- Prof. Dr. Hacı Halil Uslucan

- Idil Baydar
- Dr. Jörg Schumacher
- Dr. Kien Nghi Ha
- Marett Klahn
- Mehdi Chahrour
- Mely Kiyak
- Prof. Dr. Naika Foroutan
- Prof. Dr. Paul Mecheril
- Rayk Anders
- Dr. Sabine Achour
- Steffen Beigang
- Winfried Kneip

Durch die Zusammenarbeit mit unserem diesjährigen Partner Publixphere war es uns möglich, die in der JIK geführten Debatten auch im Internet einem größeren Publikum zugänglich zu machen. Unter www.publixphere.net kann man sich an der Debatte beteiligen.



Der JIK-Bundeskongress 2015

Wem gehört das Abendland?
Und wer integriert hier wen?



Das Jahr 2014 endete mit emotional aufgeladenen Diskussionen über eine vermeintliche Islamisierung Europas. Diese wurden hitziger, als wir uns zu Beginn des Jahres 2015 mit den brutalen und menschenverachtenden Attentaten in Frankreich, Nigeria und Syrien konfrontiert sahen, deren gewaltige Dimension den Zusammenhalt auch in Europa herausforderte.

Wir empfanden diese Entwicklungen als Mahnung, die Deutungshoheit nicht den Extremen zu überlassen. Für uns war daher klar: Wir

wollten die Ereignisse, die unsere Gesellschaft besonders zu Jahresbeginn beschäftigten, zum Anlass nehmen, gemeinsam einen Beitrag zur Auseinandersetzung mit den aktuellen Herausforderungen zu leisten.

Deshalb widmeten wir uns als Junge Islam Konferenz unter der Fragestellung „Wem gehört das Abendland?“ in unserem diesjährigen Bundeskongress den gegenwärtigen Debatten in der deutschen Einwanderungsgesellschaft, die verstärkt mit Islam und Muslim_innen assoziiert

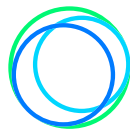
werden. Wir luden rund 100 junge Menschen zwischen 17 und 25 Jahren zu einem deutschlandweiten Bundeskongress ins Auswärtige Amt ein, um gemeinsam mit ihnen und Experten_innen im Feld an drei Tagen neue Vorschläge und konkrete Umsetzungsstrategien im Kontext des Arbeitstitels zu entwickeln. Unser Ziel war es, das Thema „Vielfalt als Wert“ in Deutschland konstruktiv zu diskutieren und die Grundpfeiler einer Haltung zu benennen, die aus unserer Sicht einem Einwanderungsland im Herzen Europas des 21. Jahrhunderts entspricht.

Gerahmt von Vorträgen und Podiumsdiskussionen fand die Arbeit der Teilnehmenden in fünf Workshops zusammen mit Expert_innen zu den Themen *Integrations- und Migrationspolitik, Außenpolitik und Deutschlandbild, Identität(en) in der Einwanderungsgesellschaft, Vielfalt im Klassenzimmer und Medien im Umgang mit gesellschaftlicher Vielfalt* statt. Gemäß des Selbstverständnisses der JIK zogen wir sowohl bei der Workshoparbeit als auch bei den Podiumsdiskussionen die Themen „Umgang mit und Wahrnehmung von Islam und Muslim_innen in Deutschland“ als Referenzpunkt für den gesellschaftlichen Umgang mit Vielfalt heran. Die Islam- und Muslimbilder dienen dabei als Gradmesser der gesellschaftlichen Haltung gegenüber einer in jeder Hinsicht vielfältiger werdenden Gesellschaft. Wie unsere Arbeitsergebnisse zeigen, haben wir den Blick besonders stark auf gesamtgesellschaftliche Verhältnisse gerichtet, von denen alle Menschen in Deutschland und auch unterschiedliche marginalisierte Gruppen betroffen sind.

Wir sind uns der Anstrengungen, Erfolge und Fortschritte der letzten Jahre in diesen Arbeitsfeldern bewusst, richten den Blick aber auf den noch bestehenden Handlungsbedarf. Um genau dieses Spektrum abzudecken – Bestehendes anzuerkennen und zu unterstützen, Entwicklungsprozesse zu reflektieren und selbst Neues beizutragen – haben wir uns zu einem zweigliedrigen Aufbau unserer Ergebnisse entschieden. Dabei unterscheiden wir in die Kategorien JIK empfiehlt und JIK diskutiert.

JIK empfiehlt umfasst die eigenen neuen Ideen, die während des Bundeskongresses entstanden sind.

JIK diskutiert umfasst unsere Perspektiven auf Debatten, die zum Teil bereits von Akteuren im Feld geführt werden. Wir verstehen unsere Ausführungen als Beiträge, zu diesen Ideen in Austausch zu treten, sie weiterzudenken und zu -entwickeln. Auch positionieren wir uns zu aus unserer Sicht besonders spannenden Denkanstößen verschiedener Organisationen, um eine Diskussion darüber anzuregen. Wir möchten uns in diese wichtigen gesellschaftspolitischen Debatten einbringen und perspektivisch mit relevanten Akteuren im Feld ins Gespräch kommen.



JIK empfiehlt

die Einführung eines nationalen
Festes der Einheit in Vielfalt



Der Tag der Deutschen Einheit erinnert an das zentrale Ereignis der deutschen Nachkriegsgeschichte: die Wiedervereinigung von Ost und West. Mit dem 3. Oktober 1990 wurden die Weichen für ein neues Deutschland und eine neue Narration des vereinten Deutschlands nach Ende des Kalten Krieges gestellt. Allerdings findet in der Narration des wiedervereinigten Deutschlands die migrationsbedingte, kulturelle Vielfalt bislang wenig Platz, obwohl sie Deutschland heute maßgeblich auszeichnet. Die Einführung eines Festes der Einheit in Vielfalt, eines

offiziellen Festes mit Symbolwirkung, könnte hier einen wichtigen Beitrag leisten, um den gesellschaftlichen Realitäten in Deutschland Sichtbarkeit zu verleihen und die Einwanderungsgesellschaft Deutschland auch symbolisch anzuerkennen.

In diesem Jahr werden wir das 25. Jubiläum der Wiedervereinigung feiern. Aus zwei Ländern wurde eines, Mauern und Grenzen wurden abgebaut, Gesellschaften wuchsen zusammen, Familien und Freunde wurden wieder

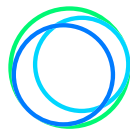
zusammengeführt. Seitdem hat sich Deutschland entscheidend gewandelt. Allerdings war diese Wiedervereinigung nicht nur eine der Menschen, die mittels Grenzen in Ost- und Westdeutsche geteilt gewesen waren. Die beiden deutschen Gesellschaften wurden bereits vor der Wiedervereinigung durch kulturelle Vielfalt geprägt, insbesondere durch die angeworbenen Gast- und Vertragsarbeiter_innen. Auch für diese Menschen, von denen viele in Deutschland blieben und ihre Heimat hier fanden, war 1989 eine Wiedervereinigung. Unsere heutige Einwanderungsgesellschaft ist Heim für Deutsche mit verschiedensten Vorder- und Hintergründen, unterschiedlichen Sprachen und vielschichtigen, hybriden Identitäten. Diese „neuen Deutschen“ fühlen sich in der multikulturellen Gesellschaft zuhause und begreifen die kulturelle Vielfalt Deutschlands als ganz natürlichen Referenzrahmen. Weihnachten und Ramadan, Rosch Haschana und Nouruz sind Festlichkeiten, die in Freundeskreisen mittlerweile über kulturelle Grenzen hinweg begangen werden. Insbesondere junge Menschen, dies belegt die Studie „Deutschland postmigrantisch II“ des BIM, haben ein offeneres Verständnis davon, was „Deutschsein“ heutzutage heißt: Für die Mehrheit der unter 25-Jährigen besteht kein Widerspruch darin, dass eine Person deutsch ist, die keine deutschen Vorfahren hat, die mit Akzent Deutsch spricht oder ein Kopftuch trägt.²

Diese alltägliche Normalität hat sich allerdings noch nicht deutschlandweit durchgesetzt. Auf der gesamtgesellschaftlichen Ebene fehlt eine Narration für ein vielfältiges Deutschland. Ein Deutschland der hybriden Identitäten, das in der globalen Welt des 21. Jahrhunderts zuhause ist. Ein offizielles Fest der Einheit in Vielfalt könnte Teil solch einer neuen Narration sein und symbolisch eine Art „zweite Wiedervereinigung“ einleiten. Offizielle Feiertage und Feste mit Symbolcharakter haben identitätsstiftende Wirkung. Trotz regionaler Unterschiede lohnt sich hier ein Blick nach Nordamerika als Inspirationsquelle: Der Martin Luther King Day erinnert auf einer Ebene unmittelbar an das Leben und Wirken Martin Luther Kings und symbolisiert darüber

Ein Fest der Einheit in Vielfalt könnte symbolisch eine Art „zweite Wiedervereinigung“ einleiten.

hinaus das Streben nach Gleichberechtigung als gesellschaftliche Vision. In Deutschland könnte also ein offizieller Feiertag ein positives Bekenntnis zur kulturellen Vielfalt der Einwanderungsgesellschaft darstellen.

Daher empfehlen wir die Einführung eines Festes der Einheit in Vielfalt, das die kulturelle Vielfalt in Deutschland feierlich anerkennt, hervorhebt und positiv besetzt. Ein solcher Tag würde über bereits bestehende dezentrale Initiativen wie „Interkulturelle Wochen“ oder lokale „Feste der Vielfalt“ durch seine Reichweite und seinen politischen wie gesellschaftlichen Status hinausgehen. Der 23. Mai, als Tag der Verkündung des Grundgesetzes wäre ein geeignetes Datum für diesen Rahmen. Schirmherr eines solchen bundesweiten Festes könnte der Bundespräsident sein, um der Symbolträchtigkeit und Strahlkraft des Festtags Rechnung zu tragen.



JIK empfiehlt

die Einführung eines Medienawards für besonders (un)differenzierte Berichterstattung



Seit dem 11. September 2001 verzeichnen wir einen deutlichen zahlenmäßigen Anstieg von Beiträgen zu Islam und Muslim_innen in der medialen Berichterstattung. Dabei belegt eine Vielzahl von Studien, dass in der medial vermittelten Berichterstattung in Deutschland generell defizitorientierte Islam- und Muslumbilder dominieren.

Die 2013 erschienene Studie des Forschungsbereichs des Sachverständigenrats deutscher Stiftungen für Integration und Migration verdeutlicht, dass 71 Prozent der Befragten mit und 74 Prozent der Befragten ohne Migrationshintergrund das in den Medien vermittelte Bild von „Arabern“ oder „Muslimen“ als negativ empfanden.³ Eine Untersuchung der Bundeszentrale für politische Bildung aus dem Jahre 2007 mit dem Titel „Das Islambild von ARD und ZDF“ kam zum Ergebnis, dass 81 Prozent aller Thematisierungen von Islam und Muslim_innen bei ARD und ZDF negativ konnotierten Themen

zugerechnet werden können.⁴ Diese Ergebnisse veranschaulichen, dass es sich hierbei nicht um ein Phänomen handelt, das vorwiegend einer bestimmten Mediengruppe, wie beispielsweise der Boulevardpresse, zuzuordnen ist, sondern die Medienlandschaft als Tendenz allgemein durchzieht. Wie sich zeigt, handelt es sich dabei um kein spezifisch deutsches Phänomen, sondern um eines internationaler Natur: Bei einer Analyse von 2,6 Millionen TV-Sendungen zum Islambild in den Medien stellte die 2014 durchgeführte Studie des schweizerischen Auswertungsdienstes „Media Tenor“ fest, dass dieses an einem neuen Tiefpunkt gelangt ist. Als Ursache dafür sehen die Autor_innen unter anderem die Berichterstattung über Islam und Muslim_innen, die sich teilweise undifferenziert auf islamistische Terrorgruppen fokussiert.⁵

Bilder spielen in der medialen Bedeutungsproduktion eine gewichtige Rolle und wirken

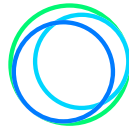
sich unterbewusst stark auf Meinungen und Einstellungen aus. Sie kategorisieren und verknüpfen Themen mit bestimmten Emotionen, Konnotationen und Kontexten. Obwohl die unter 25-Jährigen in Deutschland ihr Wissen zu Islam und Muslim_innen vornehmlich aus nichtmedialen, persönlichen Quellen beziehen,⁶ bleiben medial vermittelte Bilder wirkmächtiger und viele in der Gesellschaft vorherrschende Wahrnehmungsmuster spiegeln diese wider. Bilder wirken unmittelbar, reduzieren komplexe Realität auf Symbole und prägen sich ein. Wir in der JIK haben uns mit der gewichtigen und einflussreichen Rolle und Wirkung von Text-Bild Konstellationen bei Artikeln, sowohl in Online- als auch in Print-Medien beschäftigt. Das kann eine positive Wirkung haben, aber ebenso sehr riskant sein, wenn beispielsweise Stereotype und einseitige Wahrnehmungen reproduziert werden. Häufig kommt es dazu, dass die verwendeten Bilder im Bereich Islam und Muslim_innen Klischees reproduzieren oder sie wenig bis gar nicht in einem logischen Zusammenhang mit dem Text stehen.⁷ Das Kopftuch beispielsweise ist mittlerweile das Symbol schlechthin für „Fremdheit“ geworden und wird selbst dann bildlich verwendet, wenn es um Themen wie Integration oder Altersarmut von Migrant_innen geht. Solche unterbewusst hergestellten Verbindungen führen unter anderem dazu, dass bestimmte Personengruppen, in diesem Fall Muslim_innen, automatisch mit Fremdheit und Integration(sproblemen) assoziiert werden. Diese Art der verzerrenden Bildverwendung ist nicht auf schlechte Absicht zurückzuführen, sondern hat strukturelle Gründe. Wir wissen, dass Journalist_innen generell unter großem Zeitdruck stehen und nicht absichtlich stereotype Bedeutungen reproduzieren. Vielmehr ist es neben anderen Faktoren eine Frage von Zeit, Ressourcen und Sehgewohnheiten. Zudem sind Redakteur_innen, die über Integration, Islam und Muslim_innen berichten, selten tatsächlich Fachleute dieses Themengebietes. Als JIK sind wir davon überzeugt, dass es eine gemeinsame Anstrengung und ein stärkeres Commitment an die journalistische Sorgfaltspflicht braucht, um die Medienberichterstattung, insbesondere in

Eine Goldene Gurke für vergurkte Berichterstattung

Bezug auf Islam, Muslim_innen und Themen mit Migrations- und Minderheitenbezug, nachhaltig zu verändern und differenzierter zu machen.

Daher empfehlen wir die Einführung eines neuen Awards zum einen für Beispiele besonders differenzierter Berichterstattungen und Bild-Text-Konstellationen und zum anderen für Beispiele besonders undifferenzierter Berichterstattung sowie für die ausgeprägtesten Bild-Text-Scheren. Damit wollen wir zu einer Reflexion über besonders stereotype Berichterstattung anstoßen. Der Preis soll auf spielerische Art und Weise die Sensibilität dahingehend stärken, dass bestimmte Text-Bild-Kombinationen in keinerlei logischem Zusammenhang stehen und dadurch eine verzerrte Wahrnehmung begünstigen oder gar menschenfeindliche Einstellungen untermauern.

„Wenn Sie zum Beispiel einen Bericht über Türken in Deutschland machen, sollten Sie wissen, dass nur 25,1 Prozent der türkischen Musliminnen in Deutschland immer ein Kopftuch tragen. Das Bild einer Frau mit Kopftuch ist damit für Türken in Deutschland so repräsentativ wie eine Lederhose in einem Bericht über Deutsche.“⁸ Der Award soll Medienschaffenden als Hinweis dafür dienen, wie ihre Arbeit rezipiert wird und welchen Einfluss sie hat. Gleichzeitig soll die Vergabe eine Diskussion über differenzierten Journalismus und journalistische Sorgfaltspflicht im Themenfeld Vielfalt, Islam und Muslim_innen und Integration in der Einwanderungsgesellschaft anregen.



JIK diskutiert

über die Stärkung der fachlichen Kompetenz und des Diversitätsbewusstseins von Medienschaffenden

Als wichtiges Kriterium für qualitativ hochwertigen Journalismus erachten wir – neben einer breit gefächerten Allgemeinbildung und professionellem journalistischen Handwerk – fundiertes Fachwissen, insbesondere über die Themen, die von den jeweiligen Redakteur_innen behandelt werden. Ein Fachstudium könnte dabei ein wichtiges Auswahlkriterium bei der Einstellung von Journalist_innen sein. Um die gesellschaftliche Vielfalt auch in der Mediensparte angemessener abzubilden, sollten mehr Personen mit Zuwanderungsgeschichte in den Redaktionen Fuß fassen, um mittel- und langfristig auch Entscheidungszirkel diverser aufzustellen. Wichtig ist unseres Erachtens, dass Personen vor allem aufgrund ihrer fachlichen Kompetenzen anerkannt werden und diese auch in ihre journalistische Arbeit einfließen lassen können anstatt aufgrund „biografischer Bezüge“ automatisch als Expert_innen für Integrationsthemen eingestellt werden.

Für einen differenzierten und sensiblen Umgang mit Vielfalt innerhalb der Redaktionen und im bearbeiteten Themenspektrum schlagen wir außerdem vor, dass Diversity-Trainings fester Bestandteil journalistischer Aus- und Weiterbildungsprogramme und der redaktionellen Arbeit sein sollten. Eine intensive Auseinandersetzung mit gesellschaftlicher Vielfalt, Diskriminierung – auch durch Medien und mediale Repräsentation – und der eigenen sozialen Positionierung erachten wir als unabdingbar für qualitativ hochwertige und differenzierte Berichterstattung, die nicht althergebrachte Stereotype reproduziert, sondern zum Entwurf und zur Repräsentation einer modernen Einwanderungsgesellschaft beiträgt. Diese Verantwortung und der Umgang mit ihr sollten insbesondere in Bezug auf Diver-

sität fester Bestandteil der journalistischen Ausbildung sowie der laufenden journalistischen Arbeit sein.

Als JIK möchten wir die Debatten und Entwicklungen im Bereich Medien in der Einwanderungsgesellschaft kritisch begleiten. Besonders der Mediendienst Integration und die Neuen Deutschen Medienmacher haben in diesem Feld bereits entscheidende Impulse gegeben, deren Weiterentwicklung wir ausdrücklich unterstützen. Wir sind gespannt, uns mit den im Feld engagierten Institutionen wie unter anderem der Deutschen Journalistenschule und der Deutsche Welle Akademie über unsere Perspektiven auf das Themenfeld auszutauschen.

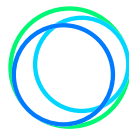
JIK diskutiert

über den Abbau von Diskriminierung und Förderung von Normalitätsempfinden in Schulen der deutschen Einwanderungsgesellschaft



Niemand wird heute noch in Frage stellen: Das Bildungssystem ist ein zentraler Einflussfaktor für die Schaffung von Chancengleichheit und einer Kultur der Akzeptanz für Vielfalt. In Hinblick auf strukturelle Diskriminierung in Schulen haben wir einige konkrete Maßnahmen zusammengefasst, die wir mit Blick auf die Aktivitäten verschiedener Akteur_innen im Feld für besonders wichtig erachten und im Rahmen der JIK vorantreiben möchten.

Diversität ist in Fragen von Identifikation und Zugehörigkeit in Deutschland allgegenwärtig, so auch in Bildungsinstitutionen. Während Vielfalt also bereits ein Fakt in der deutschen Gesellschaft ist, ist die Schaffung gleichberechtigter Zugänge zu zentralen Ressourcen wie Bildung, Ausbildung, Arbeit und Gesundheit noch im Entstehen. Bislang wurden in der Bildungslandschaft bereits einige Ansätze verfolgt, um Chancen und Herausforderungen im Umgang



mit Vielfalt aufzugreifen. Aus unserer Sicht bestehen allerdings weitere zentrale Handlungsbedarfe, an denen entschlossen weitergearbeitet werden sollte.

Jedes dritte Kind, das hierzulande eingeschult wird, hat einen Migrationshintergrund.⁹ Den Herausforderungen, die durch Vielfalt im Bildungssystem entstehen, wird Deutschland momentan nicht ausreichend gerecht: Zahlreiche Studien belegen, dass insbesondere die Schule ein Ort ist, an dem gesellschaftliche Ausschlussmechanismen stark reproduziert werden und an dem sich soziale Vorurteile (wenn auch unbeabsichtigt) auf Instrumente der Leistungserfassung und -förderung auswirken.¹⁰ Die JIK setzt sich

71 Prozent der 16- bis 25-Jährigen befürworten das Recht muslimischer Lehrerinnen, ein Kopftuch im Schulunterricht zu tragen.

dafür ein, dass die Ursachen dabei nicht allein auf der persönlichen Ebene gesucht werden, sondern die gesellschaftlichen Strukturen und die institutionelle Kultur in Deutschland in den Blick genommen werden, die stark von Ungleichheit geprägt sind. Um diese Ungleichheitsstrukturen nachhaltig abzubauen, halten wir ein Zusammenwirken von individuellem Diversitätsbewusstsein und institutioneller Öffnung für notwendig.

Gerade im Umgang mit der größten kulturellen Minderheit Deutschlands, den Muslim_innen, fällt auf, dass defizitorientierte Einstellungen weitverbreitet sind: Laut einer Studie der Bertelsmann Stiftung empfinden 57 Prozent der Deutschen den Islam als eine Bedrohung und 61 Prozent sind der Meinung, dass der Islam und die westliche Welt inkompatibel sind.¹¹ Diese gesellschaftlichen Einstellungsmerkmale wirken sich auf das Miteinander in Schulen und Ausbildungsbetrieben aus, in denen individuelle und strukturelle Diskriminierung eine Alltagserfahrung junger Menschen mit (vor allem) muslimischen Background und People of Color¹² ist. Im Vergleich zu Gleichaltrigen ohne sichtbare bzw. zugeschriebene Minderheitenzugehörigkeit sind diese Kinder und Jugendlichen in der Schule, in der Ausbildung und im Berufsleben oft mehrfach von Benachteiligungen betroffen – oftmals aufgrund geringerer sozioökonomischer Ressourcen und aufgrund von Vorurteilen basierend auf Herkunft, Religion und anderen Merkmalen. Dieser Status quo in deutschen Schulen ist vor allem insofern problematisch, als dass er mit der Wahrnehmung junger Menschen und ihrem eigenen Verhältnis zu Vielfalt kontrastiert: „Stereotype Vorstellungen über Muslime sind auch bei 16–25-Jährigen vorhanden, aber auch die Abwehr von Stereotypen ist deutlich höher“¹³, so die Forscher_innen von „Deutschland postmigrantisch II“. So befürworten beispielsweise mehr als siebenzig Prozent der 16- bis 25-Jährigen das Recht muslimischer Lehrerinnen, im Schulunterricht ein Kopftuch zu tragen.¹⁴ Schulen sollte dieses Meinungsbild aufgreifen und es als Ressource für die chancenorientierte Auseinandersetzung mit Vielfalt nutzen.

JIK diskutiert

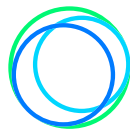
über die Erfassung von institutioneller Diskriminierung und Rassismus als Grundlage für politische Interventionen

Um Chancengleichheit in Bildungseinrichtungen herkunftsunabhängig zu ermöglichen und der Unterrepräsentanz ganzer gesellschaftlicher Gruppen in der Schule entgegenzuwirken, braucht es Instrumente, durch die Diskriminierung anhand der im Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz festgelegten Merkmale¹⁵ und Rassismus erfassbar werden. Ein Ansatz dahingehend ist die Erhebung differenzierter Daten zur ethnischen Herkunft, die auch wiederholt von den Antirassismus-Ausschüssen der UN sowie des Europarates empfohlen wurde.¹⁶ Anhand dieser Daten soll die Unterrepräsentanz gesellschaftlicher Gruppen aufgrund diskriminierender institutioneller Strukturen nachgewiesen werden. Wir sind uns bewusst, dass eine solche Maßnahme sowohl aus datenschutzrechtlicher als auch aus ethischer Perspektive mit Risiken behaftet und kontrovers ist. Insbesondere in Deutschland erklärt sich ein vorsichtiger Umgang mit diesem Thema allein aufgrund historischer Erfahrungen. Als JIK möchten wir jedoch die Debatte anstoßen und begleiten, inwiefern eine solche Maßnahme – statt zu der „Vermessung von Anderssein“ oder der Reproduktion ethnischer Kategorien – zur Identifizierung diskriminierender Strukturen beitragen und als Argumentationsgrundlage für politische Forderungen dienen kann. Wir sind außerdem überzeugt, dass derartige Datenerhebungen nur dann gerechtfertigt sind, wenn sie der Umsetzung eines politischen Bekenntnisses zur Reform dienen, infolgedessen weitere Maßnahmen zu einem ganzheitlichen Abbau von Diskriminierung initiiert werden. Daher möchten wir die Erfassung von Daten zu ethnischer Herkunft als eine Übergangslösung zum Abbau von Diskriminierung diskutieren bis eine interkulturelle Öffnung der Institutionen tatsächlich Realität geworden ist.

Es gibt bereits Ansätze, den Migrationshintergrund in der Schulstatistik zu erfassen und als Messinstrument über die Zusammensetzung der Schulen zu nutzen.¹⁷ Allerdings ist die statistische Kategorie „Migrationshintergrund“¹⁸ ab der dritten Generation bereits unwirksam, während die Diskriminierung von Personen aufgrund sichtbarer Merkmale wie Hautfarbe und religiöser Symbolik oder als „fremd“ wahrgenommener Namen anhält – dies betrifft vor allem in Deutschland lebende Muslim_innen, People of Color und Schwarze Deutsche.¹⁹

Es ist bekannt, dass die existierende gesellschaftliche Vielfalt weder in Schulklassen noch in Lehrerzimmern realitätsgetreu repräsentiert ist beziehungsweise dass es teilweise zu starker Segregation entlang ethnischer, religiöser und sozialer Zugehörigkeit kommt. Insbesondere im Fall von Benotungen und Empfehlungsschreiben für weiterführende Schulen handelt es sich um „neutral“ erscheinende Selektionsmechanismen, die bestimmte Gruppen teilweise aufgrund von Vorurteilen in besonderer Weise benachteiligen. Wir wünschen uns ein klares politisches Bekenntnis zur Bekämpfung und Erfassung von Diskriminierung in Deutschland – auf zwischenmenschlicher und besonders auf institutioneller Ebene.

Begleitend zu solch einem Prozess der institutionellen Umstrukturierung könnten Schulen und Ministerien öffentlichkeitswirksame Maßnahmen initiieren, die den positiven Umgang mit Vielfalt unterstreichen. Wir denken dabei an Kampagnen und Social Media Aktivitäten, mit denen sich die Institutionen nach außen mit einem klaren Bekenntnis zu „diversity and inclusion“ und zu Antidiskriminierung positionieren.



JIK diskutiert

über die aktive Sensibilisierung für Diskriminierungsformen durch den flächendeckenden Einsatz professioneller Diversity-Trainer_innen



Neben statistischen Datenerhebungen und öffentlichen Kampagnen halten wir Maßnahmen zur professionellen Konfliktlösung, Steigerung der Diversity-Kompetenz und zum Anti-Diskriminierungsmanagement für besonders wichtige Instrumente im Umgang mit Vielfalt. Schulen und Bildungseinrichtungen brauchen unseres Erachtens personelle und methodische Ressourcen für den Wandel hin zu diversity- und diskriminierungssensiblen Institutionen. Der regelmäßige Einsatz professioneller Diversity-Trainer_innen wäre eine Möglichkeit, um das Diversitätsbewusstsein von Schüler_innen sowie von Lehr- und Leitungspersonal zu stärken, sie in verschiedenen Formaten für vielfältige

Diskriminierungsformen zu sensibilisieren und ihre Handlungsfähigkeit zu fördern. Bei einem Einsatz der Diversity-Trainer_innen ist es unseres Erachtens wichtig, dass sowohl individuelle Diskriminierungserfahrungen von Schüler_innen Gehör finden als auch strukturelle oder rechtliche Fragen beleuchtet werden. Vor allem aber erhoffen wir uns, dass eine größere Sensibilität für Vielfalt und Diskriminierung zu einem vorurteilsfreieren Umgang und einer offeneren Haltung zu Vielfalt insgesamt führt. Idealerweise wären solche Maßnahmen langfristig angesetzt, um die Diversity-Kompetenzen an den Schulen kontinuierlich auszubauen.

JIK diskutiert

über die realitätsgetreue Repräsentation gesellschaftlicher Vielfalt in Lerninhalten und Schulmaterialien

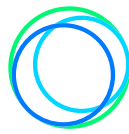
Häufig wird die Vielfalt der deutschen Gesellschaft nicht ausreichend in Lerninhalten und -medien abgebildet. Dabei ist die Schule ein Ort, an dem Menschen mit unterschiedlicher religiöser Zugehörigkeit, Herkunftssprache, Ethnie und sozialen Hintergründen zusammenkommen und an dem sie unserer Meinung nach Identifikationsangebote erhalten sollten. Für die individuelle Entwicklung sowie die gegenseitige Akzeptanz unter Schüler_innen halten wir es für sehr wichtig, dass in der Schule – in der Unterrichtsgestaltung sowie in den Lerninhalten – der herkunftsübergreifende Austausch ermöglicht und der gleichberechtigte Umgang mit Vielfalt gefördert wird.

Insbesondere bei Schulbüchern und Schulmaterialien sehen wir einen dringenden Bedarf an Überarbeitung hinsichtlich vorurteilsbehafteter und teils sogar diskriminierender Inhalte. Diverse Studien weisen darauf hin, dass es in der Darstellung von Vielfalt, Migration und besonders von Islam und Muslim_innen starke Defizite gibt und stigmatisierende Darstellungen weit verbreitet sind.²⁰ Muslim_innen und People of Color werden häufig als „fremd“ und nicht-zugehörig konstruiert, statt ein selbstverständliches und historisch gewachsenes vielfältiges Bild der deutschen Einwanderungsgesellschaft zu zeichnen. Dies könnte unter anderem durch eine Vielfalt von Namen und Aufgabenkontexten (auch in Mathematik- und Biologiebüchern) umgesetzt werden. Eine besonders wichtige Rolle in der Abbildung von Vielfalt spielen sicherlich die Schulmaterialien im Fach Geschichte: Obwohl die Geschichte der Gastarbeiter_innen fast so lange zurückreicht wie die Geschichte der Bundesrepublik Deutschland selbst, wird sie in den Schulen bis heute kaum oder nur unzurei-

chend behandelt. Die Einwanderungsgeschichte ist nicht nur die Geschichte von türkischen, italienischen oder spanischen Gastarbeiter_innen; sie ist Teil der gesamtdeutschen Geschichte, die davon erzählt, wie Deutschland zu dem wurde, was es heute ist. Unserer Meinung nach kann die Vervollständigung der Schulbücher um diversere Geschichten und Perspektiven einen wichtigen Beitrag zum Normalitätsempfinden im Umgang mit Vielfalt und zur Förderung eines Wir-Gefühls leisten.



Die Geschichte der Gastarbeiter_innen ist wesentlicher Bestandteil der gesamtdeutschen Geschichte.



JIK diskutiert

über den kritischen Umgang mit Medien durch Schüler_innen zur Förderung differenzierter Wahrnehmungen

Schüler_innen kommen heutzutage immer früher mit medialen Inhalten in Berührung und noch dazu in einer unüberschaubaren Informationsmenge, vor allem im Internet. Wir erachten die verknäppte und einseitige Darstellung von Themenzusammenhängen insbesondere am Beispiel von Islam und Muslim_innen für besonders riskant, da sie stereotype und stigmatisierende Wahrnehmungen verfestigen kann. Deshalb halten wir die Stärkung der Medienkompetenz von Schüler_innen für eine wichtige Ausgangsvoraussetzung, um Wahrnehmungsstrukturen und Medienverhalten verändern zu können.

Der Bertelsmann Stiftung zufolge thematisierten etwa achtzig Prozent der Medienberichte der vergangenen Jahre den Bereich Islam und Muslim_innen im „Kontext von Terrorismus, internationalen Konflikten, religiöser Intoleranz, Fundamentalismus, Unterdrückung von Frauen und Integrationsproblemen“²¹. Auch wenn junge Menschen ihr Wissen über Islam und Muslim_innen zu nahezu fünfzig Prozent aus nichtmedialen Quellen und persönlichem Kontakt beziehen,²² hinterlässt diese Medienberichterstattung ihre Wirkung. Durch eine Stärkung ihrer Medienkompetenz würden Schüler_innen aber dazu befähigt werden, diese Berichterstattung kritischer einzuordnen sowie sie als strukturelle soziale Ausgrenzung zu erkennen und zu benennen.

Ein weiteres Feld ist der Bereich der Verschwörungstheorien, die derzeit in sozialen Medien Hochkonjunktur haben und für die sich junge Menschen als besonders anfällig erweisen. Verschwörungstheorien, beispielsweise zu den Anschlägen vom 11. September oder dem Nahostkonflikt, können besonders für Menschen mit Ausgrenzungserfahrungen attraktiv sein, da sie identitätsstiftende Wirkung haben können und

da sie einfache Antworten auf komplexe Fragen liefern. In der heutigen digitalisierten Gesellschaft ist es unseres Erachtens sehr wichtig, dass junge Menschen auch die Rolle sozialer Medien in der Verbreitung von Nachrichten und absichtlich gestreuten Falschmeldungen kritisch hinterfragen können. Daher halten wir es für sinnvoll, dass das Erlernen von Medienkompetenz und kritischem Reflexionsvermögen fester Bestandteil der schulischen Ausbildung wird, um Schüler_innen bereits in der Schule gegen (besonders) medial geschürte Vorurteile widerstands- und handlungsfähig zu machen.

Als JIK möchten wir die Debatten und Entwicklungen im Bereich Schule und Bildung in der Einwanderungsgesellschaft kritisch begleiten. Besonders die Antidiskriminierungsstelle des Bundes, das Georg-Eckert-Institut für Schulbuchforschung, ufuq.de, Dialog macht Schule gGmbH sowie das Projekt Parallelberichterstattung zur UN-Antirassismuskonvention der Diakonie Deutschland – Evangelischer Bundesverband haben in diesem Feld bereits wichtige Impulse gegeben, deren Weiterentwicklung wir befürworten. Wir sind gespannt, uns mit weiteren zentralen Verantwortlichen im Feld, wie der Kultusministerkonferenz, über unsere Perspektiven auf das Themenfeld auszutauschen. Da die gesellschaftliche Rolle von Bildung unseres Erachtens zentral ist, widmen wir uns diesem Themenfeld bereits in unserer pädagogischen Erweiterung, um in den schulischen Raum hineinzuwirken und für Vorurteilsstrukturen zu sensibilisieren.

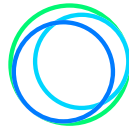
JIK diskutiert

über die Förderung des diskriminierungsfreien Zugangs zum Arbeitsmarkt und die Einführung anonymisierter Bewerbungsverfahren

Nicht nur in Schulbewertungen und Übergangsempfehlungen bedarf es eines stärker ausgeprägten Vorurteilsbewusstseins, sondern vor allem in Einstellungs- und Bewerbungsverfahren sowie der Ausgestaltung zivilgesellschaftlichen Engagements. Einer Studie aus dem Jahre 2010 zufolge fühlt sich jede dritte Person bei der Jobsuche aufgrund des Alters, der Herkunft oder der anderer persönlicher Angaben benachteiligt.²³ In der Realität bewahrheitet sich dieses Gefühl. So reicht bereits die Angabe eines türkischen Namens aus, um die Chancen auf eine Einladung zum Vorstellungsgespräch um 14 Prozent, bei kleineren Firmen sogar um 24 Prozent zu senken.²⁴ Doch nicht nur der Name führt zur vorurteilsbehafteten Assoziationen (beispielsweise seitens der Personalverantwortlichen zur vermeintlichen Qualifikation der sich bewerbenden Person), auch das Alter, die Herkunft, das Geschlecht, körperliche Fähigkeiten, der Familienstand, die Religion und vor allem auch das Aussehen können die Chance auf Erfolg beim Bewerbungsgespräch minimieren. Die JIK ist überzeugt, dass unsere Gesellschaft etwas gegen diese Mechanismen tun muss. Jeder Mensch muss unabhängig der oben genannten Merkmale bei geeigneter Qualifizierung die gleichen Chancen haben, zu einem Vorstellungsgespräch eingeladen und eingestellt zu werden. Dies kann durch anonymisierte Bewerbungsverfahren²⁵ erreicht werden. Diese haben sich in anderen Ländern, wie Belgien, Frankreich, den skandinavischen Ländern, Großbritannien, den USA und den Niederlanden schon etabliert.



Als JIK möchten wir die Debatten und Entwicklungen im Bereich Arbeitsmarkt und Diversity kritisch begleiten. In diesem Feld haben besonders die Antidiskriminierungsstelle des Bundes und teilnehmende Institutionen an ihrem Pilotprojekt, wie z.B. die Deutsche Post und die Bundesagentur für Arbeit in Nordrhein-Westfalen, bereits entscheidende Impulse geleistet. Wir sind gespannt, uns mit weiteren zentralen Akteuren über diskriminierungsfreie Arbeitsmarktpolitik auszutauschen.



JIK diskutiert über die Förderung zivilgesellschaftlichen Engagements und die vielfältigere Gestaltung des Freiwilligendienstes

Laut dem Bundesarbeitskreis Freiwilliges Soziales Jahr (FSJ) absolvieren derzeit jedes Jahr ca. 45.000 junge Menschen ein FSJ und über 35.000 Menschen aller Generationen einen Bundesfreiwilligendienst in Deutschland.²⁶ Das ist bereits ein bemerkenswertes Verdienst, bedenkt man den Zeitdruck, dem viele Schulabsolvent_innen ausgesetzt sind. Aber gesellschaftliches Engagement ist nicht nur Erfahrung, die das eigene zivilgesellschaftliche Bewusstsein stärken kann, sondern zudem eine Gelegenheit für Begegnungen, die über die eigenen kulturellen, sozialen und religiösen Kreise hinausreichen. Dies ist mittlerweile auch auf dem Lebenslauf gern gesehen. Viel wichtiger ist uns als JIK allerdings die individuelle Bereitschaft, sich für andere Menschen, für Verständigung und soziale Gerechtigkeit einzusetzen.

Im Gesetz zur Förderung von Jugendfreiwilligendiensten ist interkulturelle Kompetenz als ein Vermittlungsziel formuliert.²⁷ Genau hier wird es für uns aus JIK-Perspektive relevant: Freiwilligendienste sollen in ihrer Organisation und ihren Zielgruppen vielfältiger werden. Wir denken, dass Stellen im FSJ und Bundesfreiwilligendienst ausgebaut und vielfältiger besetzt und feste Diversity-Beauftragte installiert werden sollten. Zudem halten wir es für wichtig, Diversity-Schulungen und Anti-Diskriminierungsarbeit innerhalb der Organisationen fest zu verankern. Wenn beispielsweise der Anteil muslimischer Freiwilliger oder solcher mit Zuwanderungsgeschichte höher wäre, könnte die Gesellschaft in den Institutionen realitätsgetreuer repräsentiert und der alltägliche Kontakt und die Zusammenarbeit könnten Akzeptanz fördern und Muslimfeindlichkeit und andere Formen von gruppenbezogener Men-

schenfeindlichkeit abbauen. Auch die Art der Kommunikation über die Bewerbungsverfahren der Freiwilligendienste ist entscheidend. Die Möglichkeiten eines Freiwilligendienstes sollten einer breiten Zielgruppe zugänglich gemacht werden, z.B. indem direkt an Schulen geworben wird, da Ausschreibungen im Internet nur diejenigen erreichen, die ein FSJ bereits in Erwägung ziehen.

Die Erhöhung des Anteils von Menschen mit Migrationshintergrund und Migrant_innen im Freiwilligendienst wird zwar öffentlich als Maßnahme diskutiert, oft wird die Zielgruppe allerdings tendenziell defizitär oder als mit weniger Ressourcen für Engagement ausgestattet betrachtet. Wir finden, dass es wichtiger ist, danach zu fragen, ob in den jetzigen Einsatzstellen bereits das volle Potential ausgeschöpft ist oder ob es nicht neuer Projektansätze bedarf, um den Freiwilligendienst attraktiver und diverser zu machen. In einer Einwanderungs- und alternden Gesellschaft sollten in der Planung von Freiwilligendiensten alle Dimensionen von Vielfalt, wie Alter und Einwanderungsgeschichte, als Wert und Ressource berücksichtigt werden.

Als JIK möchten wir die Debatten und Entwicklungen im Bereich zivilgesellschaftliches Engagement und Diversity begleiten. In diesem Feld sehen wir eine besondere Verantwortung beim Bundesfreiwilligendienst und dem Bundesamt für Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben. Wir sind gespannt, uns mit weiteren zentralen Akteuren über Einbindung von vielfältigen Zielgruppen in Ehrenamt und Engagement auszutauschen.

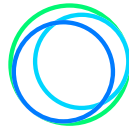
JIK diskutiert

über die Verbesserung des Deutschlandbildes
und die interkulturelle Öffnung deutscher
Institutionen im Ausland



Innenpolitische Entwicklungen in Deutschland werden seit jeher auch auf der politischen Weltbühne mit großem Interesse verfolgt. Ereignisse wie der Mord an Marwa El-Sherbini oder die Attentate des NSU haben der Reputation Deutschlands im Ausland stark geschadet. Auch die Proteste von Pegida und der Aufstieg

der national-konservativen AfD sind nicht unbemerkt geblieben. So machte Bundesaußenminister Dr. Frank-Walter Steinmeier im Januar auf die Verantwortung deutscher Auswärtiger Politik aufmerksam: „Pegida schadet nicht nur unserem Land, es wirft auch ein schlechtes Bild auf Deutschland im Ausland [...] Umso



wichtiger ist es, dass wir klar und deutlich sagen: ‚Pegida‘ spricht nicht für Deutschland.“ Die interkulturelle Öffnung deutscher Institutionen im Ausland und insbesondere die vermehrte Einstellung von Menschen mit Migrationshintergrund könnten wichtige Schritte sein, um zu einer besseren und realitätsnäheren Repräsentation Deutschlands im Ausland beizutragen.

Bundesaußenminister Dr. Frank-Walter Steinmeier: „Pegida spricht nicht für Deutschland.“

Als führende Institutionen stehen neben dem Auswärtigen Amt das Goethe-Institut, das Institut für Auslandsbeziehungen, die Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit, das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung sowie die Deutschen Handelskammern im Ausland in zentraler Verantwortung, ein zeitgemäßes Deutschlandbild im Ausland zu vermitteln. Dabei kommt Botschaften und Generalkonsulaten als staatlichen Repräsentanzen sicherlich eine besonders wichtige Rolle zu.

Bisher sind die Barrieren für den beruflichen Zugang zu staatlichen Institutionen für Deutsche mit Migrationshintergrund sehr hoch. Zahlreiche Studien belegen, dass bei den schulischen und beruflichen Aufstiegschancen noch immer Diskrepanzen zwischen Menschen mit und ohne Migrationshintergrund herrschen. Akteure der auswärtigen Politik sollten sich dieser Schieflage in den eigenen Strukturen annehmen. Wir plädieren dafür, gezielt darüber zu diskutieren, wie Menschen mit Migrationsgeschichte bestmöglich in die Arbeit der auswärtigen Politik Deutschlands eingebunden werden können. Auch wäre zu erörtern, welche Instrumente zur Inklusion sozial benachteiligter Gruppen, beispielsweise Quotenregelungen, besonders sinnvoll sind. Wir sind davon überzeugt, dass

die Mitarbeiter_innen im Ausland aktiver deutscher Einrichtungen die vielfältige gesellschaftliche Realität der Bundesrepublik widerspiegeln müssen und dass sich das auf ein positives Deutschlandbild im Ausland auswirken wird.

Als JIK möchten wir die Debatten und Entwicklungen im Bereich Deutschlandbild im Ausland kritisch begleiten. In diesem Feld sehen die oben genannten Institutionen in zentraler Verantwortung, das Deutschlandbild im Ausland repräsentativer und zeitgemäß zu vermitteln. Besonders der Verein DeutschPlus – Initiative für eine plurale Republik und die Deutschlandstiftung Integration haben dafür einen entscheidenden Input geleistet, deutsche Institutionen im Ausland stärker für Menschen mit Einwanderungsgeschichte zu öffnen. Wir befürworten auch die Anstrengungen des Auswärtigen Amts, die hierzu im Rahmen der Projekte „Review 2014 – Außenpolitik Weiter Denken“ und „Weltweit Wir – Mehr Diversität für den Auswärtigen Dienst“ angestoßen worden sind. Wir sind gespannt, unsere Perspektiven in die weitere Debatte einzubringen.

JK diskutiert

über die Förderung politischer Mitbestimmung für Bürger_innen von Drittstaaten durch Einführung der Wohnbürgerschaft

In Deutschland leben rund sieben Millionen Nicht-Deutsche, vier Millionen davon sind Staatsangehörige eines so genannten Drittstaats. Obwohl mehr als ein Fünftel dieser Nicht-Deutschen bereits in Deutschland geboren ist, existieren für Bürger_innen aus Nicht-EU-Staaten nur wenige Mechanismen zur politischen Partizipation. Die Einführung und Vergabe der „Wohnbürgerschaft“ (urban citizenship, denizenship) könnte aus unserer Sicht eine geeignete Maßnahme sein, um Menschen ein größeres Maß an politischer Teilhabe in ihrem direkten gesellschaftlichen Umfeld zu ermöglichen.

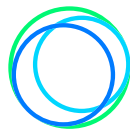
Politische Mitbestimmung ist eines der Grundideale der demokratischen Legitimation und insbesondere junge Menschen, so zeigt die Studie Deutschland postmigrantisch II, sprechen Minderheiten in hohem Maße ein Recht auf Teilhabe zu.²⁸ In einer Gesellschaft, die stark von Migrant_innen geprägt wurde und wird, sollten unseres Erachtens Zusammenhalt, Identifikation und Teilhabe durch die gezielte Einbindung der Wohnbevölkerung – ungeachtet ihrer nationalen Zugehörigkeit – gefördert werden. Sowohl der Europarat als auch die Europäische Kommission schlugen in der Vergangenheit vor, dass Angehörigen von Drittstaaten ebenfalls politische Partizipationsrechte, z.B. in Form des kommunalen Wahlrechts, zugestanden werden. Und der europäische Vergleich zeigt: In Dänemark, Schweden, Finnland, Irland, den Niederlanden, Luxemburg und Belgien sind Drittstaatler_innen nach einer bestimmten Aufenthaltsdauer, die meist zwischen zwei und fünf Jahren liegt, wahlberechtigt.²⁹ Eine Studie aus dem Jahr 2003 belegt, dass weltweit 36 Staaten Nicht-Staatsbürger_innen das Wahlrecht zugestehen.³⁰



Als Zwischenstatus gewährleistet die Wohnbürgerschaft die Mitgliedschaft im kommunalen Gemeinwesen und damit das Wahlrecht bei Kommunalwahlen. Dies ist insbesondere relevant, da zentrale Themen für die Integration von Migrant_innen auf kommunaler Ebene ausgehandelt werden.

Als JIK möchten wir die Debatten und Entwicklungen im Bereich Migration und Teilhabe kritisch begleiten.

Besonders Citizens for Europe e.V. und Refugees Welcome haben in diesem Feld bereits entscheidende Inputs geleistet, deren Weiterentwicklung wir befürworten. Wir sind gespannt, uns mit weiteren zentralen Akteuren wie Kommunen und dem Deutschen Städtetag über kommunale Beteiligungsstrukturen auszutauschen und unsere Perspektiven in die Debatte einzubringen.



Die Unterzeichner_innen

Wer wir sind

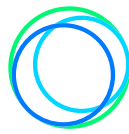


Vom 13. bis 15. März kamen 102 junge Menschen aus insgesamt 13 Bundesländern im Auswärtigen Amt zusammen, um im gesellschaftlichen Diskurs über Vielfalt in der Einwanderungsgesellschaft gemeinsam ihre Stimme zu erheben. Während einige der jüngeren Teilnehmenden noch zur Schule gehen, sind ältere bereits berufstätig, in der Ausbildung oder im Studium. Gemeinsam verbrachten sie drei intensive Tage mit inhaltlichem Input, kontroversen Diskussionen, unterhaltsamem Rahmenprogramm und jeder Menge Austausch. Besonderer Dank geht an die Schreibgruppenteilnehmenden für ihren Einsatz, der sich in diesem Ergebnispapier niederschlägt.

Die Unterzeichner_innen sind:

- █ Abdelaziz Rebai
- █ Abdul Kader Chahin
- █ Abdullah Allaoui
- █ Ali Ighreiz
- █ Almire Brahim
- █ Amal Idrissi Jazouli
- █ Amani Fouani
- █ Aneska Bongartz
- █ Armin Begić
- █ Arzu Çetin
- █ Aynur Caglar
- █ Batoul Abu-Yahya
- █ Benedikt Körner
- █ Benjamin Ebner
- █ Bettina Frevert
- █ Betül Bayrak

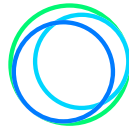
- █ Beyza Öztürk
- █ Bilal Gülbas
- █ Bilal Oskan
- █ Cäcilie von Trotha
- █ Dalia Dik
- █ Danielle Cohn
- █ David von Nobbe
- █ Dunja Ramadan
- █ Eda Öztürk
- █ Elif Islam
- █ Elvedin Goljica
- █ Eric Hattke
- █ Esra Küçük
- █ Eyyuba Cevirici
- █ Fabian Krahe
- █ Farah Dabdoub
- █ Fatih Kapusuz
- █ Ferhat Sert
- █ Frances Rohde
- █ Frauke Kleibs
- █ Hager Ali
- █ Harun Bas
- █ Hayat Mahioui
- █ Hilal-Aybike Arikoglu
- █ Inas El-Rachid
- █ Ines Rerbal
- █ Ingrid Schalke
- █ Isabella Pinno
- █ Ismail Özkan
- █ Jana Holzheimer
- █ Jasmin Remlinger
- █ Jessica Bajinski
- █ Jonas Botta
- █ Jussra Zamani
- █ Kahina Toutaoui
- █ Katharina Muchitsch
- █ Khaldun Al Saadi
- █ Khaled Al Saadi
- █ Korinna Schäfer
- █ Lena Hapke
- █ Leoni Meyer
- █ Leyla Öztürk
- █ Lyla Abu-Yahya
- █ Manuel Hemmers
- █ Marett Klahn
- █ Marie-Claire Mecheline Theunissen
- █ Maximilian Ruf
- █ Mehmet Acikgöz
- █ Mehmet Akpınar
- █ Mehmet Ersöz
- █ Mehmet Koc
- █ Meryem Bercin
- █ Meryem Tinc
- █ Mirsad Berisa
- █ Mones Ghuman
- █ Moshtari Hilal
- █ Muhammad Halid Erturan
- █ Muhammed Saat
- █ Nekhat Hasrat-Nazimi
- █ Nihat Er
- █ Nils Oellerich
- █ Ozan Keskinilic
- █ Özlem Alagöz-Bakan
- █ Pascal Dengler
- █ Pauline Defant
- █ Philine Klinger
- █ Ranya Ismaeel
- █ Rebecca Gotthilf
- █ Robert Fischbach
- █ Robin Laumann
- █ Salim Nasereddeen
- █ Schabo Sidiqi
- █ Sebahat Duman
- █ Sevgi Malkac
- █ Sevil Savas
- █ Shirin Dawai
- █ Sinan Kilicli
- █ Sophia Elz
- █ Sophia Hunger
- █ Sophie Ataya
- █ Sophie Bergmann
- █ Sophie Kara
- █ Suna Meral
- █ Taner Beklen
- █ Tarek Mündelein
- █ Violeta Haas
- █ Viviane Petrescu
- █ Wiebke Klausnitzer
- █ Yannick Forschner
- █ Yasemin Gürsel
- █ Yasmin Emara
- █ Yella Nicklaus
- █ Yilmaz Akkoyun
- █ Yvonne Frankfurth
- █ Zamrah Ahmed
- █ Zevan Atroshi



Endnoten

- 1 Foroutan, N. et al. (2015): Deutschland postmigrantisch II. Einstellungen von Jugendlichen und jungen Erwachsenen zu Gesellschaft, Religion und Identität, Berliner Institut für empirische Integrations- und Migrationsforschung, online zugänglich unter: <https://www.projekte.hu-berlin.de/de/junited/deutschland-postmigrantisch-2-pdf> (zuletzt abgerufen am 10.06.2015).
- 2 Deutschland postmigrantisch II, S. 8.
- 3 Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration (2013): Muslime in der Mehrheitsgesellschaft. Medienbild und Alltagserfahrungen in Deutschland, S. 11.
- 4 Hafez, K. und Richter, C. (2007): Das Islambild von ARD und ZDF, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 26–27, Bundeszentrale für politische Bildung, online zugänglich unter: <http://www.bpb.de/apuz/30402/das-islambild-von-ard-und-zdf?p=all> (zuletzt abgerufen am 10.06.2015).
- 5 Media Tenor (2014): IS schädigt Islambild in den Medien – Franziskus strahlt positiv, online zugänglich unter: <http://de.media-tenor.com/de/bibliothek/newsletter/514/is-schaedigt-islambild-in-den-medien-franziskus-strahlt-positiv> (zuletzt abgerufen am 10.06.2015).
- 6 Deutschland postmigrantisch II, S. 6.
- 7 Ataman, F. und Topçu, C. (2014): Der Bestseller unter den Symbolbildern, Mediendienst Integration, 24.07.2014, online zugänglich unter: <http://mediendienst-integration.de/artikel/bildredaktion-verwendung-von-symbolbildern-mit-kopftuch-fuer-integration.html> (zuletzt abgerufen am 10.06.2015).
- 8 Mediendienst Integration: Zum Umgang mit Bildern, online zugänglich unter: <http://mediendienst-integration.de/bildkonzept.html> (zuletzt abgerufen am 10.06.2015).
- 9 Mediendienst Integration: Bildung, online zugänglich unter: <http://mediendienst-integration.de/integration/bildung.html> (zuletzt abgerufen am 10.06.2015).
- 10 Burchard, A. (2009): „Kevin ist kein Name, sondern eine Diagnose“, ZEIT Online, 18.09.2009, online zugänglich unter: <http://www.zeit.de/wissen/2009-9/vorurteile-namen-grundschullehrer> (zuletzt abgerufen am 10.06.2015).
- 11 Bertelsmann Stiftung (2015): Muslime in Deutschland mit Staat und Gesellschaft eng verbunden, 08.01.2015, online zugänglich unter: <https://www.bertelsmann-stiftung.de/de/themen/aktuelle-meldungen/2015/januar/religionsmonitor/> (zuletzt abgerufen am 10.06.2015).
- 12 Kien Nghi Ha definiert People of Color wie folgt: „Als Begriff bezieht sich ‚People of Color‘ auf alle rassifizierte[n] Menschen, die in unterschiedlichen Anteilen über afrikanische, asiatische, lateinamerikanische, arabische, jüdische, indigene oder pazifische Herkünfte oder Hintergründe verfügen. Er verbindet diejenigen, die durch die weiße Dominanzkultur marginalisiert sowie durch die Gewalt kolonialer Tradierungen und Präsenzen kollektiv abgewertet werden. Auf diese Weise kann ein analytischer wie politischer Rahmen geschaffen werden, in dem sich Unterschiede, Gemeinsamkeiten sowie Überlagerungen unterschiedlicher Unterdrückungsverhältnisse und Ausbeutungszusammenhänge von People of Color in einem postkolonialen Kontext thematisieren lassen.“ Nghi Ha, K. (2013): ‚People of Color‘ als Diversity-Ansatz

- in der antirassistischen Selbstbenennungs- und Identitätspolitik, Heimatkunde Böll, 17.06.2013, online zugänglich unter: <http://heimatkunde.boell.de/2009/11/01/people-color-als-diversity-ansatz-der-antirassistischen-selbstbenennungs-und> (zuletzt abgerufen am 10.06.2015).
- 13 Deutschland postmigrantisch II, S. 9.
- 14 Deutschland postmigrantisch II, S. 9.
- 15 Diese Merkmale sind laut des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes „Rasse“/Ethnizität, Geschlecht, Behinderung, Religion/ Weltanschauung, Alter und sexuelle Identität. Das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz, online zugänglich unter: http://www.allgemeines-gleichbehandlungsgesetz.de/index.php?option=com_content&view=category&layout=blog&id=47&Itemid=72 (zuletzt abgerufen am: 10.06.2015).
- 16 Ataman, F. (2015): Zu wenig Daten, um Probleme sichtbar zu machen, Mediendienst Integration, 25.05.2015, online zugänglich unter: <http://mediendienst-integration.de/artikel/cerd-berichterstattung-antirassismus-konvention-2015.html> (zuletzt abgerufen am 10.06.2015)
Diese Forderung, die vermehrt auch von NGOs und Selbstorganisationen von Minderheiten laut wird, kann nur unter der Prämisse von Freiwilligkeit, Vertraulichkeit und Selbst-Identifizierung realisiert werden, da diese personenbezogenen Daten strengen datenschutzrechtlichen Beschränkungen unterliegen und insbesondere im Kontext von Diskriminierung besonders differenzierter Nutzung bedürfen. Weiterführende Quellen: Aikins, J. K., Barskanmaz, C., Brandstätter, J. Jones, E. B. und Mesghena, M. (2015): Rassistische Diskriminierung in Deutschland. Erscheinungsformen und menschenrechtliche Verpflichtungen zum Schutz vor rassistischer Diskriminierung, UN-Antirassismusausschuss – Parallelbericht Deutschland, online zugänglich unter: http://rassismusbericht.de/wp-content/uploads/Parallelbericht-an-den-UN-Antirassismusausschuss_deutsch.pdf (zuletzt abgerufen am 10.06.2015).
- 17 „Die Kultusministerkonferenz hat bereits 2003 beschlossen, den Migrationshintergrund in der Schulstatistik zu erfassen, allerdings wurde dies nur von einem Teil der Bundesländer tatsächlich umgesetzt und oftmals wurden vor allem ‚ausländische‘ Schüler_innen erfasst.“ Mediendienst Integration: Bildung.
- 18 Zu den Menschen mit Migrationshintergrund (im weiteren Sinn) zählen „alle nach 1949 auf das heutige Gebiet der Bundesrepublik Deutschland Zugewanderten, sowie alle in Deutschland geborenen Ausländer und alle in Deutschland als Deutsche Geborenen mit zumindest einem zugewanderten oder als Ausländer in Deutschland geborenen Elternteil“. Bundesamt für Migration und Flüchtlinge: Glossar, online zugänglich unter: http://www.bamf.de/DE/Service/Left/Glossary/_function/glossar.html?lv2=1364186&lv3=3198544 (zuletzt abgerufen am 10.06.2015).
- 19 Da nicht alle Menschen mit Migrationshintergrund Diskriminierungserfahrungen machen, ist die Kategorie „Migrationshintergrund“ zur Messung institutioneller Diskriminierung aus unserer Sicht nur bedingt geeignet. Rassistische Diskriminierung in Deutschland, S. 10–11.
- 20 Die Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration (2015): Schulbuchstudie Migration und Integration, S. 12–15, online zugänglich unter: <http://www.schulbuchstudie-migration-und-integration.de/>



- bundesregierung.de/Content/Infomaterial/BPA/IB/Schulbuchstudie_Migration_und_Integration_09_03_2015.pdf (zuletzt abgerufen am 10.06.2015).
- 21 Thomann-Busse, C. (2015): Mehrheit der Deutschen fühlt sich durch Islam bedroht, heute, 08.01.2015, online zugänglich unter: <http://www.heute.de/religionsmonitor-der-bertelsmannstiftung-ueber-die-haelfte-der-deutschen-sehen-den-islam-als-gefahr-fuers-land-36624572.html> (zuletzt abgerufen am 10.06.2015).
- 22 Vgl. Deutschland postmigrantisch II, S. 32–35.
- 23 EARSandEYES GmbH (2010): Anonymisierte Bewerbungsverfahren, online zugänglich unter; <http://www.earsandeyes.com/de/presse/bewerbung-fast-jeder-dritte-bundesbuerger-fuehlte-sich-schon-mal-benachteiligt> (zuletzt abgerufen am 10.06.2015).
- 24 Antidiskriminierungsstelle des Bundes (.2010): Anonymisierte Bewerbungsverfahren, Fragen und Antworten, online zugänglich unter: www.antidiskriminierungsstelle.de/DE/ThemenUndForschung/anonymisierte_bewerbungen/fragen_antworten/faq_node.html (zuletzt abgerufen am 10.06.2015)
- 25 Kernstück des anonymisierten Bewerbungsverfahrens sind die einzelnen Bewerbungsschreiben, in denen bestimmte Bereiche wie Angaben zum Name, Alter, Familienstand, Geschlecht, Staatsangehörigkeit ausgelassen werden können, um Diskriminierung aufgrund von Vorurteilen in diesen Kategorien vorzubeugen. Anonymisierte Bewerbungsverfahren, Fragen und Antworten.
- 26 Bundesarbeitskreis Freiwilliges Soziales Jahr: Über uns, online zugänglich unter: <http://pro-fsj.de/ueber-uns/> (zuletzt abgerufen am 10.06.2015).
- 27 Bundesministerium für Justiz und Verbraucherschutz: Gesetz zur Förderung von Jugendfreiwilligendiensten, online zugänglich unter: http://www.gesetze-im-internet.de/jfdg/___3.html (zuletzt abgerufen am 10.06.2015)
- 28 Deutschland postmigrantisch II, S. 60–61.
- 29 Bauer, W. T. (2008): Das kommunale Ausländerwahlrecht im europäischen Vergleich, online zugänglich unter: http://www.fes.de/wiso/pdf/integration/2008/160208/beitrag_bauer.pdf (zuletzt abgerufen am 10.06.2015)
- 30 Waldrauch, H. (2003): Wahlrechte ausländischer Staatsangehöriger in europäischen und klassischen Einwanderungsstaaten. Ein Überblick. Defizitäre Demokratie – Migrantinnen in der Politik, Wiener Hefte zu Migration und Integration in Theorie und Praxis 1, S. 55–75.

Literaturverzeichnis

Aikins, J. K., Barskanmaz, C., Brandstätter, J. Jones, E. B. und Mesghena, M. (2015): Rassistische Diskriminierung in Deutschland. Erscheinungsformen und menschenrechtliche Verpflichtungen zum Schutz vor rassistischer Diskriminierung, UN-Antirassismusausschuss – Parallelbericht Deutschland, online zugänglich unter: http://rassismusbericht.de/wp-content/uploads/Parallelbericht-an-den-UN-Antirassismusausschuss_deutsch.pdf (zuletzt abgerufen am 10.06.2015).

Antidiskriminierungsstelle des Bundes (.2010): Anonymisierte Bewerbungsverfahren, Fragen und Antworten, online zugänglich unter: www.antidiskriminierungsstelle.de/DE/Themen-UndForschung/anonymisierte_bewerbungen/fragen_antworten/faq_node.html (zuletzt abgerufen am 10.06.2015)

Ataman, F. (2015): Zu wenig Daten, um Probleme sichtbar zu machen, Mediendienst Integration, 25.05.2015, online zugänglich unter: <http://mediendienst-integration.de/artikel/cerd-be-richterstattung-antirassismus-konvention-2015.html> (zuletzt abgerufen am 10.06.2015)

Ataman, F. und Topçu, C. (2014): Der Bestseller unter den Symbolbildern, Mediendienst Integration, 24.07.2014, online zugänglich unter: <http://mediendienst-integration.de/artikel/bildredaktion-verwendung-von-symbolbildern-mit-kopftuch-fuer-integration.html> (zuletzt abgerufen am 10.06.2015).

Bauer, W. T. (2008): Das kommunale Ausländerwahlrecht im europäischen Vergleich, online zugänglich unter: http://www.fes.de/wiso/pdf/integration/2008/160208/beitrag_bauer.pdf (zuletzt abgerufen am 10.06.2015)

Bertelsmann Stiftung (2015): Muslime in Deutschland mit Staat und Gesellschaft eng verbunden, 08.01.2015, online zugänglich unter: <https://www.bertelsmann-stiftung.de/de/the->

[men/aktuelle-meldungen/2015/januar/religions-monitor/](http://www.bertelsmann-stiftung.de/de/the-men/aktuelle-meldungen/2015/januar/religions-monitor/) (zuletzt abgerufen am 10.06.2015).

Bundesamt für Migration und Flüchtlinge: Glossar, online zugänglich unter: http://www.bamf.de/DE/Service/Left/Glossary/_function/glossar.html?lv2=1364186&lv3=3198544 (zuletzt abgerufen am 10.06.2015).

Bundesarbeitskreis Freiwilliges Soziales Jahr: Über uns, online zugänglich unter: <http://pro-fsj.de/ueber-uns/> (zuletzt abgerufen am 10.06.2015).

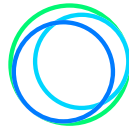
Bundesministerium für Justiz und Verbraucherschutz: Gesetz zur Förderung von Jugendfreiwilligendiensten, online zugänglich unter: http://www.gesetze-im-internet.de/jfdg/_3.html (zuletzt abgerufen am 10.06.2015)

Burchard, A. (2009): „Kevin ist kein Name, sondern eine Diagnose“, ZEIT Online, 18.09.2009, online zugänglich unter: <http://www.zeit.de/wissen/2009-9/vorurteile-namen-grund-schullehrer> (zuletzt abgerufen am 10.06.2015).

Die Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration (2015): Schulbuchstudie Migration und Integration, S. 12–15, online zugänglich unter: http://www.bundesregierung.de/Content/Infomaterial/BPA/IB/Schulbuchstudie_Migration_und_Integration_09_03_2015.pdf (zuletzt abgerufen am 10.06.2015).

EARSandEYES GmbH (2010): Anonymisierte Bewerbungsverfahren, online zugänglich unter: <http://www.earsandeyes.com/de/presse/bewerbung-fast-jeder-dritte-bundesbuerger-fuehlte-sich-schon-mal-benachteiligt> (zuletzt abgerufen am 10.06.2015).

Foroutan, N. et al. (2015): Deutschland postmigrantisch II. Einstellungen von Jugendlichen und jungen Erwachsenen zu Gesellschaft,



Religion und Identität, Berliner Institut für empirische Integrations- und Migrationsforschung, online zugänglich unter: <https://www.projekte.hu-berlin.de/de/junited/deutschland-post-migrantisch-2-pdf> (zuletzt abgerufen am 10.06.2015).

Hafez, K. und Richter, C. (2007): Das Islambild von ARD und ZDF, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 26–27, Bundeszentrale für politische Bildung, online zugänglich unter: <http://www.bpb.de/apuz/30402/das-islambild-von-ard-und-zdf?p=all> (zuletzt abgerufen am 10.06.2015).

Media Tenor (2014): IS schädigt Islambild in den Medien – Franziskus strahlt positiv, online zugänglich unter: <http://de.mediatenor.com/de/bibliothek/newsletter/514/is-schaedigt-islambild-in-den-medien-franziskus-strahlt-positiv> (zuletzt abgerufen am 10.06.2015).

Mediendienst Integration: Bildung, online zugänglich unter: <http://mediendienst-integration.de/integration/bildung.html> (zuletzt abgerufen am 10.06.2015)

Mediendienst Integration: Zum Umgang mit Bildern, online zugänglich unter: <http://mediendienst-integration.de/bildkonzept.html> (zuletzt abgerufen am 10.06.2015).

Nghi Ha, K. (2013): ‚People of Color‘ als Diversity-Ansatz in der antirassistischen Selbstbenennungs- und Identitätspolitik, Heimatkunde Böll, 17.06.2013, online zugänglich unter: <http://heimatkunde.boell.de/2009/11/01/people-color-als-diversity-ansatz-der-antirassistischen-selbstbenennungs-und> (zuletzt abgerufen am 10.06.2015).

Peucker, M. (2009): Ethnic Monitoring als Instrument von Antidiskriminierungspolitik?, in: Ethnic Monitoring. Datenerhebung mit oder über Minderheiten? Dossier, online zugänglich unter: http://heimatkunde.boell.de/sites/default/files/dossier_ethnic_monitoring_1.pdf (zuletzt abgerufen am 10.06.2015).

rassistischer Diskriminierung, UN-Antirassismusausschuss – Parallelbericht Deutschland, online zugänglich unter: http://rassismusbericht.de/wp-content/uploads/Parallelbericht-an-den-UN-Antirassismusausschuss_deutsch.pdf (zuletzt abgerufen am 10.06.2015).

Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration (2013): Muslime in der Mehrheitsgesellschaft. Medienbild und Alltagserfahrungen in Deutschland.

Thomann-Busse, C. (2015): Mehrheit der Deutschen fühlt sich durch Islam bedroht, heute, 08.01.2015, online zugänglich unter: <http://www.heute.de/religionsmonitor-der-beretelsmannstiftung-ueber-die-haelfte-der-deutschen-sehen-den-islam-als-gefahr-fuers-land-36624572.html> (zuletzt abgerufen am 10.06.2015).

Waldrauch, H. (2003): Wahlrechte ausländischer Staatsangehöriger in europäischen und klassischen Einwanderungsstaaten. Ein Überblick. Defizitäre Demokratie – Migrantinnen in der Politik, Wiener Hefte zu Migration und Integration in Theorie und Praxis 1, S. 55–75.

Zu den Projektpartnern

JUNGE ISLAM KONFERENZ

Die Junge Islam Konferenz ist ein Think-Tank, Dialogforum und Multiplikator_innennetzwerk junger Menschen im Alter von 17 bis 25 Jahren. Sie ist ein Projekt der Stiftung Mercator, des Mercator Program Centers und der Humboldt-Universität zu Berlin. Als bundesweites Forum bietet die Junge Islam Konferenz jungen Menschen mit und ohne muslimischen Migrationshintergrund eine Plattform für Wissenserwerb, Austausch und Teilnahme an gesellschaftlichen Debatten. Das Projekt wird durch die Forschungsgruppe JUNITED am Berliner Institut für empirische Integrations- und Migrationsforschung (BIM) an der Humboldt-Universität zu Berlin wissenschaftlich begleitet.

www.junge-islamkonferenz.de

STIFTUNG MERCATOR

Die Stiftung Mercator ist eine private Stiftung, die Wissenschaft, Bildung und Internationale Verständigung fördert. Sie initiiert, entwickelt und finanziert gezielt Projekte und Partnergesellschaften in den Themenbereichen, für die sie sich engagiert: Sie will Europa stärken, Integration durch gleiche Bildungschancen für alle verbessern, die Energiewende als Motor für globalen Klimaschutz vorantreiben und kulturelle Bildung in Schulen verankern. Dem Ruhrgebiet, der Heimat der Stifterfamilie und dem Sitz der Stiftung, fühlt sie sich besonders verpflichtet.

www.stiftung-mercator.de

HUMBOLDT-UNIVERSITÄT ZU BERLIN

Die 1810 gegründete Humboldt-Universität zu Berlin (HU) ist eine der führenden deutschen Forschungseinrichtungen mit Weltruf und gehört seit Juni 2012 zu den elf Exzellenzuniversitäten Deutschlands: Ihre elf Fakultäten umfassen die klassischen Geistes- und Kulturwissenschaften, die Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, die Naturwissenschaften und die Humanmedizin. Die HU Berlin zeichnet sich durch Weltoffenheit und Reformfreude aus. Mit mehr als 400 Professor_innen und 31.000 Studierenden ist die HU führend in der Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses und steht für Innovation in Studium und Lehre.

www.hu-berlin.de

FORSCHUNGSGRUPPE JUNITED

Die Forschungsgruppe JUNITED – Junge Islambezogene Themen in Deutschland untersucht das Reaktionsspektrum auf das sich wandelnde Einwanderungsland Deutschland in Bezug auf die Themen Islam und Muslime aus transdisziplinärer Perspektive. Die Forschungsgruppe ist unter der Leitung von Prof. Dr. Naika Foroutan am Berliner Institut für empirische Integrations- und Migrationsforschung (BIM) an der Humboldt-Universität zu Berlin angesiedelt. JUNITED ist ein Förderprojekt der Stiftung Mercator.

www.junited.hu-berlin.de

